



2012

# Statistik Kommunal

## St. Peter



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

315095

## Impressum

---

### Statistik Kommunal 2012

Artikel-Nr. 8035 12001

Herausgeber und Vertrieb  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis  
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis  
Statistisches Landesamt

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

---

2012

# Statistik Kommunal

## St. Peter



## Einführung und Inhalt

Sie halten ein Gemeindeheft der Serie „Statistik Kommunal“ in Händen. Die Hefte sind für jede der 1 101 Gemeinden in Baden-Württemberg erhältlich und bieten einen Überblick über wichtige statistisch beschreibbare Lebensbereiche. Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Voraussetzung für die Aufnahme von Daten in die Broschüre ist, dass sie auf Gemeindeebene vorliegen.

Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen zum jeweils aktuellsten Stand dargestellt. Soweit Daten verfügbar sind, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Weitere kommunale Daten sind auf der Homepage des Statistischen Landesamtes [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) unter Regionaldaten sowie im Demografie-Spiegel abrufbar.

Ziel dieser nun in fünfter Auflage erschienenen Broschüre ist es, für einen breiten Nutzerkreis relevante Informationen bereit zu stellen. Wir freuen uns daher über Ihre Anregungen zur Weiterentwicklung dieses Produktes und danken Ihnen hierfür bereits im Vorfeld recht herzlich. Bitte senden Sie Ihre Anregungen, Wünsche und Kritik an [poststelle@stala.bwl.de](mailto:poststelle@stala.bwl.de).

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung .....	6
Fläche .....	7
Bevölkerung .....	8
Wahlen .....	10
Wohnen .....	11
Bildung .....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt .....	13
Landwirtschaft .....	14
Gemeindefinanzen und Personal .....	15
Wasserwirtschaft .....	16
Verkehr .....	17
Fußnoten .....	18
Erläuterungen und Definitionen .....	19

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2011	ha	3 593
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung Ende 2011	Anzahl	2 564
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2011	Anzahl	+ 4
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2011	Anzahl	+ 13
Bevölkerungszu-/abnahme 2011	Anzahl	+ 17
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2011	Anzahl	499
Wohnungen 2011 <sup>1)</sup>	Anzahl	1 005
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	136
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	Anzahl	136
Schüler an Realschulen 2011/2012	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2011/2012	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2011/2012	Anzahl	.
<b>Beschäftigung und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2011	Anzahl	303
Pendlersaldo 2011	Anzahl	– 580
Arbeitslose insgesamt 2011	Anzahl	40
Arbeitslose Frauen 2011	Anzahl	21
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2010	Anzahl	70
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010	ha	1 485
<b>Tourismus</b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2011	Anzahl	20
Schlafgelegenheiten insgesamt 2011	Anzahl	542
Ankünfte insgesamt 2011	Anzahl	10 883
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2011	Anzahl	41 328
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2011	Anzahl	10 145
<b>Gemeindefinanzen</b>		
Steuerkraftmesszahl 2011	1 000 EUR	1 143
Steuerkraftsumme 2011	1 000 EUR	2 131
Schuldenstand 2011	1 000 EUR	2 729
Gewerbesteuerhebesatz 2011	%	340
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2011	Anzahl	1 904
Straßenverkehrsunfälle 2011 <sup>4)</sup>	Anzahl	12
Verunglückte Personen 2011	Anzahl	7

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2011	%	5	10	14
Waldfläche 2011	%	48	48	38
Landwirtschaftsfläche 2011	%	47	40	46
<b>Bevölkerung</b>				
Ausländeranteil 2011	%	5	8	12
Durchschnittsalter 2011	Jahre	42,0	43,5	43,0
Bevölkerungsdichte 2011	Einw/km <sup>2</sup>	71	183	302
<b>Landtagswahl 2011</b>				
Wahlbeteiligung	%	71,5	68,5	66,3
Stimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	41,8	34,4	39,0
SPD	%	16,6	23,6	23,1
GRÜNE	%	31,1	30,0	2,4
FDP	%	4,3	5,3	5,3
Sonstige	%	6,2	6,7	8,4
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2011	%	46	57	58
Wohnfläche je Einwohner 2011	m <sup>2</sup>	39	43	43
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2011/2012	%	.	20	24
Übergänge auf Realschulen 2011/2012	%	.	37	34
Übergänge auf Gymnasien 2011/2012	%	.	42	41
<b>Beschäftigung und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2011	%	37	38	38
Beschäftigte im Handel, Verkehr und Gastgewerbe 2011	%	28	27	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2011	%	35	34	42
<b>Tourismus</b>				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2011	%	22	36	35
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2011	Tage	3,8	3,6	2,6
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Steuereinnahmen (netto) je Einwohner 2011 <sup>5)</sup>	EUR	562	786	1 052
Schuldenstand je Einwohner 2011	EUR	1 078	872	984
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2010	Liter/Tag	124	123	115
Trinkwasserpreis 2012	EUR/m <sup>3</sup>	2,12	1,88	1,97
<b>Verkehr</b>				
Pkw je 1 000 Einwohner 2011	Anzahl	543	540	539

## Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

kg/Ea – Kilogramm je Einwohner und Jahr

t – Tonne

m<sup>3</sup> – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

## Zeichenerklärung

0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null

0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

– Nichts vorhanden (genau null)

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

## Fläche

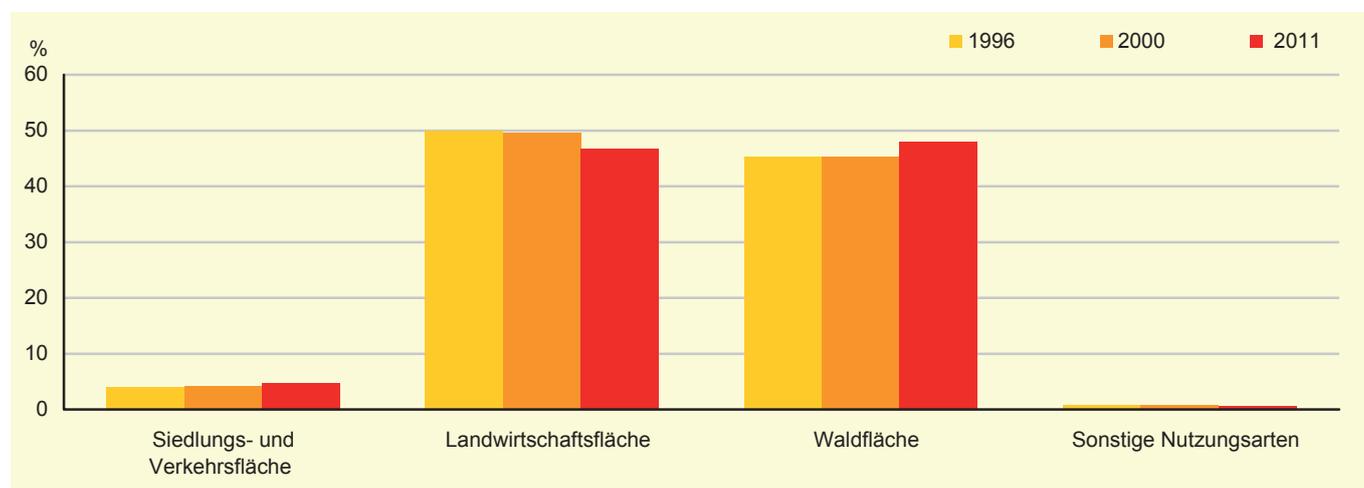
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km<sup>2</sup> und verteilt sich auf 1101 Gemeinden. Am 01.01.2011 erfolgte die letzte Gebietsstandsänderung: Der ehemalige Truppenübungsplatz Gutsbezirk Münsingen, bisher gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, wurde aufgelöst und die bewohnten Siedlungsflächen in die Stadt Münsingen (Landkreis Reutlingen) sowie in die Gemeinde Heroldstatt (Alb-Donau-Kreis) eingegliedert. Eine unbewohnte Fläche wurde der Stadt Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) zugeschlagen. Die restliche Fläche mit 64 km<sup>2</sup> ist unbewohnt und bleibt gemeindefrei.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit 507 691 ha 14,2 %. Vor 10 Jahren lag dieser Wert noch bei 13,3 %. Davon entfallen aktuell 196 129 ha oder knapp 40 % auf Verkehrsflächen, d. h. Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und den Luftverkehr. Bei 272 962 ha oder 54 % der SuV handelt es sich um Gebäude- und Freifläche, bei weiteren 30 657 ha (6 %) um Erholungsfläche. Zu beachten gilt hierbei, dass die SuV in erheblichem Umfang Grün- und Freiflächen umfasst. »Flächenverbrauch« ist demnach nicht mit »Versiegelung« – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleich zu setzen. Nach Schätzungen des Statistisches Landesamtes sind landesweit in Baden-Württemberg knapp die Hälfte der SuV tatsächlich versiegelt.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2001		2011		2011	
	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>3 593</b>	<b>100,0</b>	<b>3 593</b>	<b>100,0</b>	<b>3 575 141</b>	<b>100,0</b>
Siedlungs- und Verkehrsfläche	151	4,2	169	4,7	507 691	14,2
davon						
Gebäude- und Freifläche	68	1,9	75	2,1	272 962	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	1	–	1	–	4 435	0,1
Verkehrsfläche	78	2,2	85	2,4	196 129	5,5
Erholungsfläche	5	0,1	7	0,2	30 657	0,9
Friedhofsfläche	–	–	1	–	3 508	0,1

### Flächennutzung



## Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs stieg im Jahr 2011 um etwa 32 300 Personen auf rund 10,79 Mill. Einwohner an. Damit hat die Einwohnerzahl einen neuen Höchststand erreicht, nachdem sie 2010 lediglich um rund 9 000 angestiegen ist und in den Jahren 2008 und 2009 sogar zurückgegangen war. Zwar hat sich das Geburtendefizit von knapp 8 100 im Jahr 2010 auf zuletzt 8 900 nochmals leicht vergrößert. Gleichzeitig hat sich aber auch der Wanderungsgewinn deutlich erhöht: 2010 lag das Wanderungsplus noch bei 17 300 Personen, 2011 sind immerhin 41 500 Personen mehr nach Baden-Württemberg zu- als fortgezogen; das war der höchste Wanderungsgewinn seit dem Jahr 2002.

Die Baden-Württemberger waren zum Jahresende 2011 durchschnittlich 43 Jahre alt. Das Durchschnittsalter ist gegenüber 1970 um immerhin 8 Jahre und zum Vorjahr um 0,2 Jahre gestiegen. Mit durchschnittlich 51,7 Jahren hatte die Ex- bzw. Enklave Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz) die älteste Bevölkerung in Baden-Württemberg (Frauen: 52,5 Jahre, Männer: 50,8 Jahre). Am jüngsten ist sie mit 36,5 Jahren in Riedhausen im Landkreis Ravensburg (Frauen: 37 Jahre, Männer: 36 Jahre). Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung und folglich das Durchschnittsalter durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 308	46	54	37	1990	2 284	50	50	64
1890	1 296	51	49	37	1994	2 355	51	49	66
1900	1 383	51	49	39	1998	2 404	51	49	67
1910	1 390	51	49	40	2002	2 416	50	50	67
1925	1 378	49	51	39	2005	2 508	51	49	70
1933	1 431	52	48	41	2006	2 487	51	49	69
1939	1 426	51	49	41	2007	2 532	51	49	70
1950	1 500	49	51	43	2008	2 541	51	49	71
1961	1 525	51	49	43	2009	2 536	51	49	71
1970	1 792	49	51	51	2010	2 547	51	49	71
1987	2 116	50	50	59	2011	2 564	51	49	71

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)						
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2003	29	17	+	12	+	5	209	175	+	34	+	14	+	46	+	19
2004	28	15	+	13	+	5	190	177	+	13	+	5	+	26	+	11
2005	27	12	+	15	+	6	177	172	+	5	+	2	+	20	+	8
2006	27	12	+	15	+	6	170	206	-	36	-	14	-	21	-	8
2007	24	16	+	8	+	3	210	173	+	37	+	15	+	45	+	18
2008	28	18	+	10	+	4	173	174	-	1	0	+	9	+	4	
2009	36	16	+	20	+	8	190	215	-	25	-	10	-	5	-	2
2010	22	16	+	6	+	2	215	210	+	5	+	2	+	11	+	4
2011	23	19	+	4	+	2	204	191	+	13	+	5	+	17	+	7

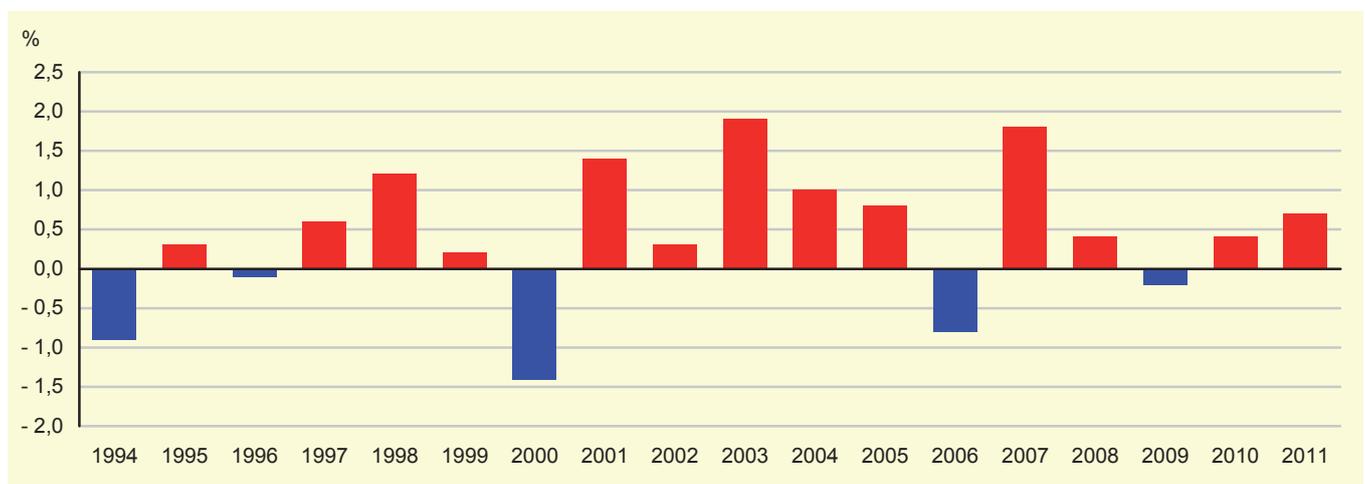
**Bevölkerungsstruktur 2011**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	79	3	41	3	38	3	3	3	2	
3 – 6	83	3	40	3	43	3	3	3	3	
6 – 15	274	11	140	11	134	11	9	9	8	
15 – 18	102	4	46	4	56	4	3	3	3	
18 – 25	229	9	126	10	103	8	8	9	8	
25 – 40	371	14	188	14	183	15	18	19	18	
40 – 65	923	36	490	37	433	34	37	37	36	
65 – 75	279	11	128	10	151	12	10	10	11	
75 und mehr	224	9	108	8	116	9	9	7	11	
<b>Insgesamt</b>	<b>2 564</b>	<b>100</b>	<b>1 307</b>	<b>100</b>	<b>1 257</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	42,0		41,6		42,4		43,0	41,8	44,2	

**Bevölkerungsstruktur 2001**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	99	4	43	4	56	5	3	3	3	
3 – 6	103	4	49	4	54	5	3	3	3	
6 – 15	303	13	169	14	134	11	10	11	10	
15 – 18	87	4	47	4	40	3	3	3	3	
18 – 25	186	8	97	8	89	7	8	8	8	
25 – 40	520	22	274	22	246	21	23	24	22	
40 – 65	731	30	368	30	363	30	33	34	32	
65 – 75	256	11	134	11	122	10	9	9	10	
75 und mehr	124	5	37	3	87	7	7	5	10	
<b>Insgesamt</b>	<b>2 409</b>	<b>100</b>	<b>1 218</b>	<b>100</b>	<b>1 191</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>										
	38,4		37,2		39,7		40,4	38,8	41,9	

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr**



## Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erweist sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs.

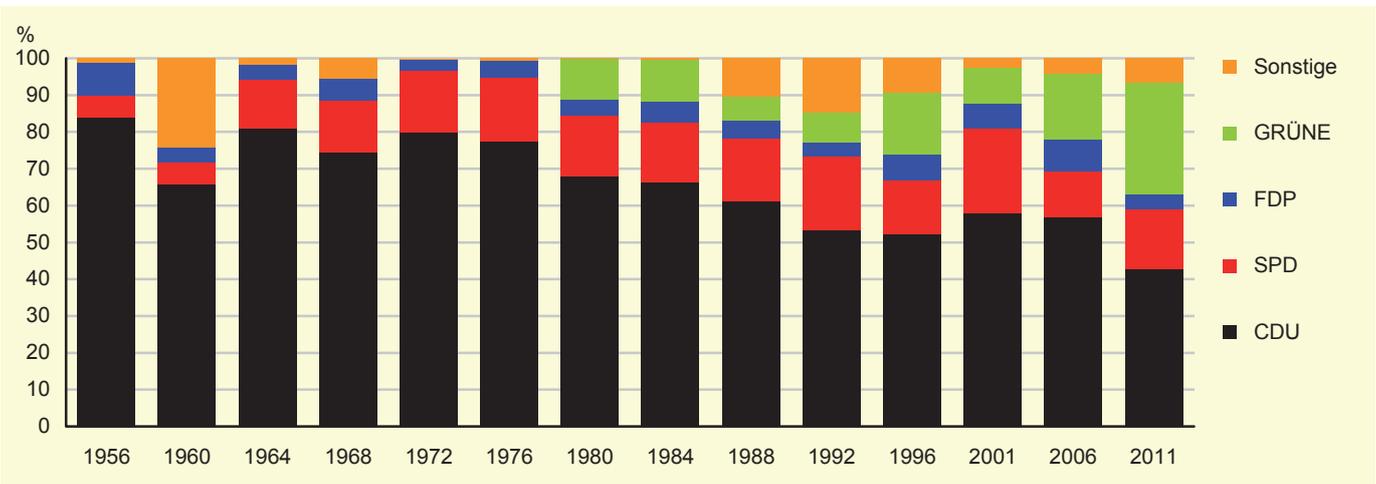
Zuletzt fanden im Jahr 2011 die Wahlen zum 15. Landtag von Baden-Württemberg statt. Die CDU lag hierbei mit einem Stimmenanteil von 39,0 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Landtagswahl 2006 5,2 Prozentpunkte. Die SPD und die FDP kamen auf 23,1 bzw. 5,3 % der gültigen Stimmen. Beide Parteien mussten damit ihre bislang niedrigsten Wahlergebnisse bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg hinnehmen. Die GRÜNEN erreichten mit 24,2 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es nun in Baden-Württemberg einen „grünen“ Ministerpräsidenten eines Landes, die Christdemokraten wiederum gehören erstmals seit 1953 nicht der Landesregierung an.

Mit 66,3 % lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg um 12,9 Prozentpunkte über der Marke von 2006 (53,4 %).

### Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl <sup>1)</sup>	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile <sup>2)</sup>				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2011	mit	1 945	1 391	71,5	41,8	16,6	31,1	4,3	6,2
Landtagswahl 2006	mit	1 905	1 087	57,1	56,4	12,7	17,4	9,1	4,4
Veränderung		+ 40	+ 304	+ 14,4	- 14,6	+ 3,9	+ 13,7	- 4,8	+ 1,8
Bundestagswahl 2009	mit	1 923	1 463	76,1	37,9	13,9	20,2	16,9	11,0
Bundestagswahl 2005	mit	1 911	1 573	82,3	48,7	21,4	14,0	10,6	5,3
Veränderung		+ 12	- 110	- 6,2	- 10,8	- 7,5	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,7
Europawahl 2009	mit	1 933	1 237	64,0	43,6	10,9	21,4	10,1	14,0
Europawahl 2004	mit	1 863	1 228	65,9	56,7	10,4	18,1	4,5	10,3
Veränderung		+ 70	+ 9	- 1,9	- 13,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,7

### Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



## Wohnen

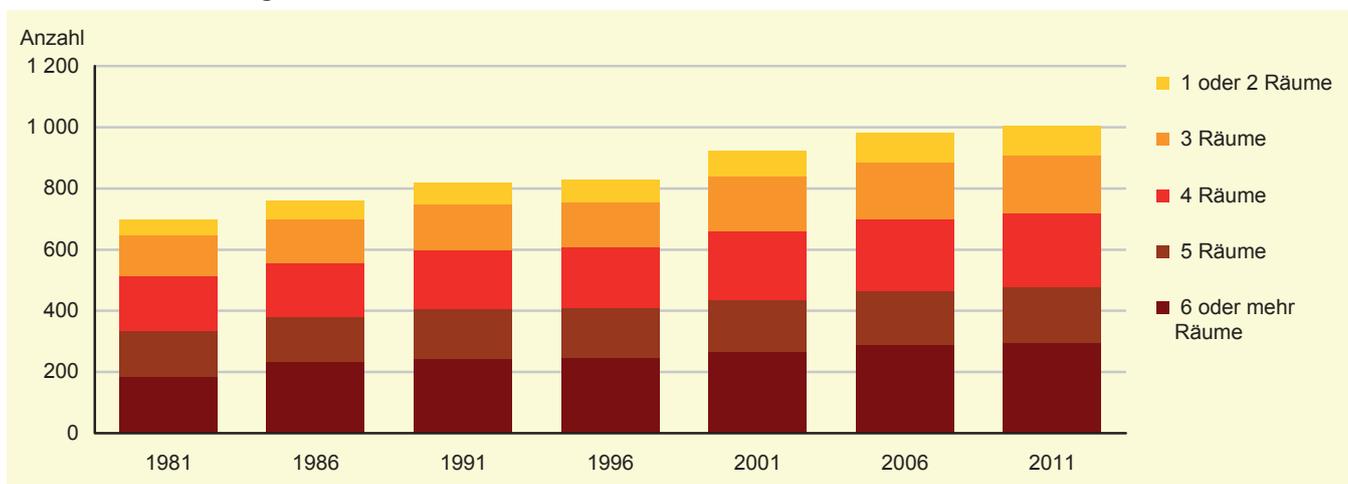
Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2011 um 0,5 % beziehungsweise knapp 25 000 auf nun über 5,03 Mill. Über drei Viertel der Wohnungen entstanden in Einfamilienhäusern. Nahezu 62 % des Zugangs waren Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen (einschließlich Küchen), weitere rund 29 % waren Drei- oder Vierraumwohnungen. Neu gebaute Wohnungen sind im Durchschnitt deutlich größer als der Wohnungsbestand. So wächst die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung kontinuierlich und erreichte 2011 92,4 m<sup>2</sup>. Zehn Jahre früher waren es noch gut 2 m<sup>2</sup> weniger. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 2,7 m<sup>2</sup>. Jedem Einwohner standen 2011 rein rechnerisch gut 43,1 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2011 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, gut 24 % Zweifamilienhäuser und circa 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in der Gemeinde Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit rund 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit etwas über 27 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei knapp 31 %.

### Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1993	427	213	50	134	31	80	19	820	290	34
1995	428	212	50	134	31	82	19	825	286	34
1997	436	216	50	135	31	85	19	841	282	35
1999	446	218	49	137	31	91	20	895	269	36
2001	459	223	49	144	31	92	20	922	261	37
2003	476	226	47	156	33	94	20	960	256	38
2005	483	228	47	161	33	94	19	970	259	37
2007	493	230	47	169	34	94	19	988	256	38
2009	495	230	46	169	34	96	19	996	255	38
2011	499	232	46	170	34	97	19	1 005	255	39

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



## Bildung

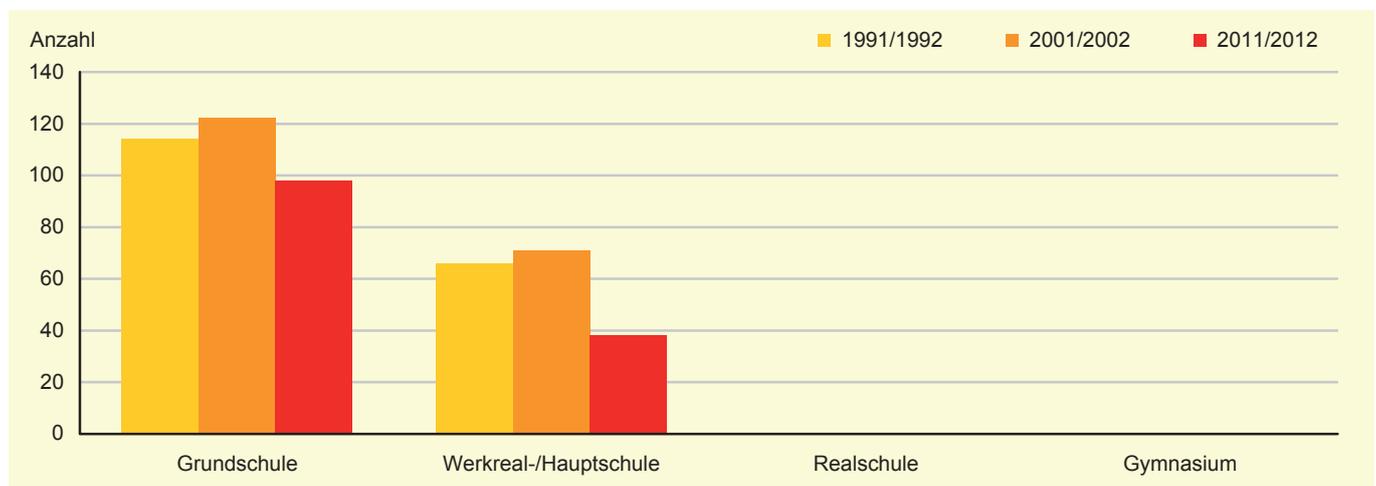
Im Schuljahr 2011/12 gab es insgesamt knapp 4 200 allgemeinbildende Schulen in Baden-Württemberg, darunter 452 private Schulen. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. Die Schülerzahlen sind in den letzten Jahren rückläufig. Zwar war nach einer Abnahme der Schülerzahlen in den 80er-Jahren im Land in den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu verzeichnen, der im Schuljahr 2003/04 mit gut 1,3 Millionen Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen seinen Höhepunkt erreichte. Seitdem ist die Schülerzahl aber auf 1,2 Millionen im Schuljahr 2011/12 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2020 dürfte die Zahl unter die Millionengrenze absinken.

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in Bewegung: Ab dem Schuljahr 2012/13 wird an rund 40 Standorten die neue Schulart Gemeinschaftsschule eingeführt, in der alle Bildungsstandards angeboten werden sollen. Die Grundschulempfehlung zum Übergang auf eine weiterführende Schule ist seit 2012 nicht mehr verbindlich. An den Gymnasien hat im Sommer 2012 der sogenannte „Doppeljahrgang“ die Schule verlassen – der erste G8-Jahrgang und der letzte G9-Jahrgang. Zum Schuljahr 2012/13 wird an rund 20 Pilotschulen der G9-Zug als Schulversuch wieder eingeführt.

### Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2011/2012

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt <sup>1)</sup>	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse <sup>2)</sup>	Zum Vergleich: Schuljahr 2001/2002	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse <sup>2)</sup>
Anzahl		Anzahl	%		Anzahl			
Grundschulen	1	98	98	42	6	20	122	20
Werkreal-/Hauptschulen	1	38	38	47	–	13	71	24
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>3)</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>2</b>	<b>136</b>	<b>136</b>	.	.	<b>X</b>	<b>193</b>	<b>X</b>

### Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

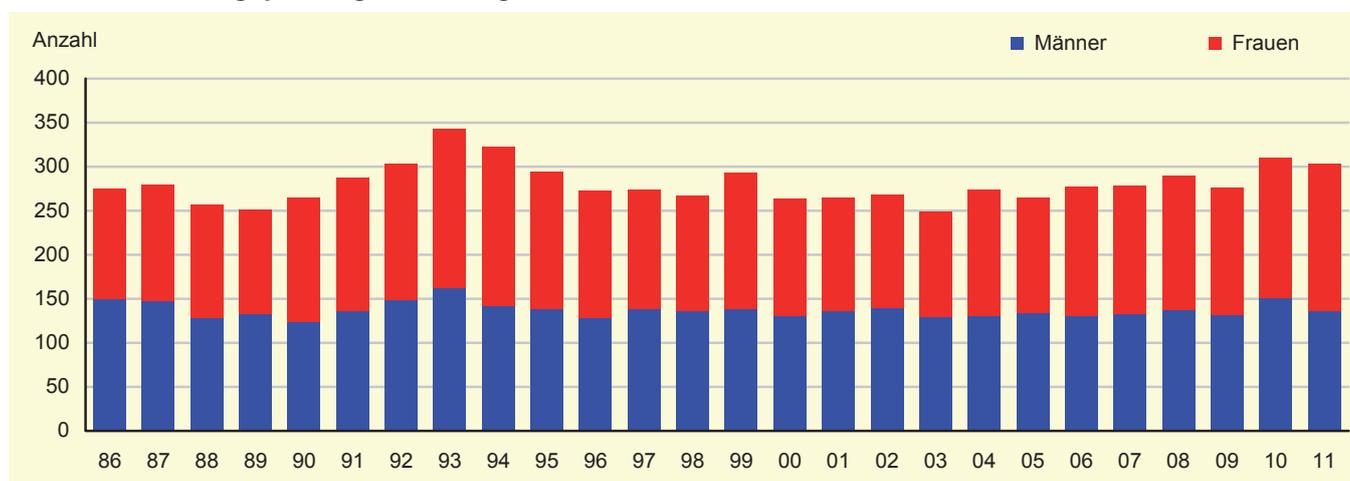
Zur Jahresmitte 2011 waren im Südwesten knapp 4 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 133 000 oder 3,5 % mehr als 10 Jahre zuvor. Dabei hat sich der seit längerer Zeit zu beobachtende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung weiter verstärkt. Allein seit 2001 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 35 % auf aktuell 757 000 an, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 2 % auf 3,2 Mill. zurückging. Fast 465 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten 2011 eine akademische Ausbildung, das waren knapp 122 000 oder 35 % mehr als noch vor 10 Jahren. Gemessen an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die eine Angabe zur Berufsausbildung vorliegt, erhöhte sich die Akademikerquote seit dem Jahr 2001 von 9,7 auf aktuell 13,5 %. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel und der zunehmenden Globalisierung hat sich auch das Berufsbild der Beschäftigten gewandelt. Zwischen 2001 und 2011 erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen um fast 208 000 (+9,4 %), während die Zahl der Arbeitnehmer in Fertigungsberufen im gleichen Zeitraum um gut 116 000 (-9,3 %) zurückging.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg hatte der Südwesten im Jahresdurchschnitt 2011 mit 4,0 % nach Bayern (3,8 %) bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote. Im Durchschnitt waren knapp 227 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 46 000 weniger als ein Jahr zuvor.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose\*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar <sup>1)</sup>				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%	
1985	273	121	43	47	9	40	.	.	.	.
1990	265	118	53	37	10	51	.	.	.	.
1995	294	125	53	36	7	56	.	.	.	.
2000	264	110	50	36	38	25	36	44	14	17
2005	265	106	49	38	31	31	52	46	15	13
2008	290	114	52	35	34	31	45	51	.	13
2009	276	108	52	36	31	33	52	44	8	15
2010	310	123	51	36	32	31	45	51	7	18
2011	303	120	55	37	28	35	40	52	10	15

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



## Landwirtschaft

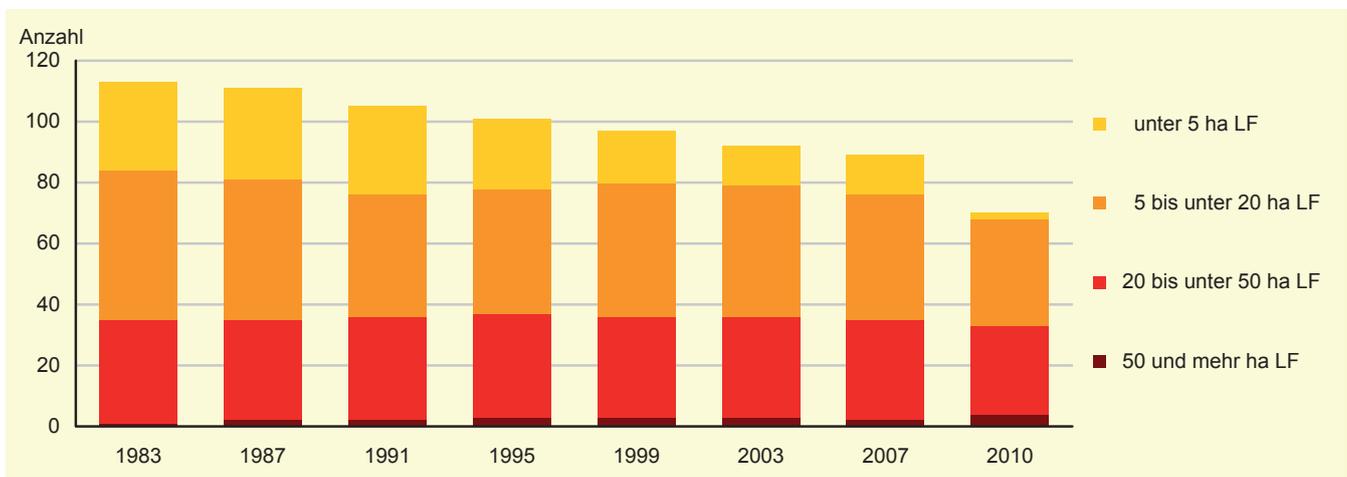
In den vergangenen Jahrzehnten führten tief greifende Strukturveränderungen in der Landwirtschaft einerseits zu einem stetigen Rückgang der Zahl der Betriebe und andererseits zu einer Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße. Im Jahr 2010 wurden im Rahmen der Landwirtschaftszählung in Baden-Württemberg insgesamt 44 512 Betriebe gezählt. Im Vergleich der Landwirtschaftszählungen von 1999 und 2010 wird deutlich, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg (bei vergleichbarer Anwendung der Erfassungsgrenzen von 2010) innerhalb von 11 Jahren um rund ein Viertel abnahm. Betrug die Betriebsgröße vor etwas mehr als 10 Jahren noch rund 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) je Betrieb, so liegt der Durchschnitt nun bereits bei knapp 32 ha LF. Im Vergleich zu anderen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – ist die mittlere Betriebsgröße in Baden-Württemberg dennoch gering.

Landesweit wurde im Jahr 2010 eine Fläche von etwas mehr als 1,4 Mill. ha LF bewirtschaftet, davon 59 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und dem Anbau von vielfältigen Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt.

### Landwirtschaft\*)

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
				Anzahl		ha		%			ha
1983	113	61	1 661	7	93	–	15	2 269	23	665	7
1987	111	60	1 680	4	96	–	15	2 271	24	594	7
1991	105	44	1 692	3	97	–	16	2 338	27	421	5
1995	101	40	1 693	2	98	–	17	2 300	28	333	5
1999	97	40	1 706	1	99	–	18	2 462	30	233	5
2003	92	39	1 678	1	99	–	18	2 410	32	237	5
2007	89	34	1 586	1	99	–	18	2 244	31	150	3
2010	70	34	1 485	1	99	–	21	2 210	37	100	4

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



## Gemeindefinanzen und Personal

Nach dem Krisenjahr 2009 hat sich die Wirtschaft günstig entwickelt und die Einnahmen haben sich in den Jahren 2010 und 2011 deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, standen eher gleichbleibenden Ausgaben gegenüber.

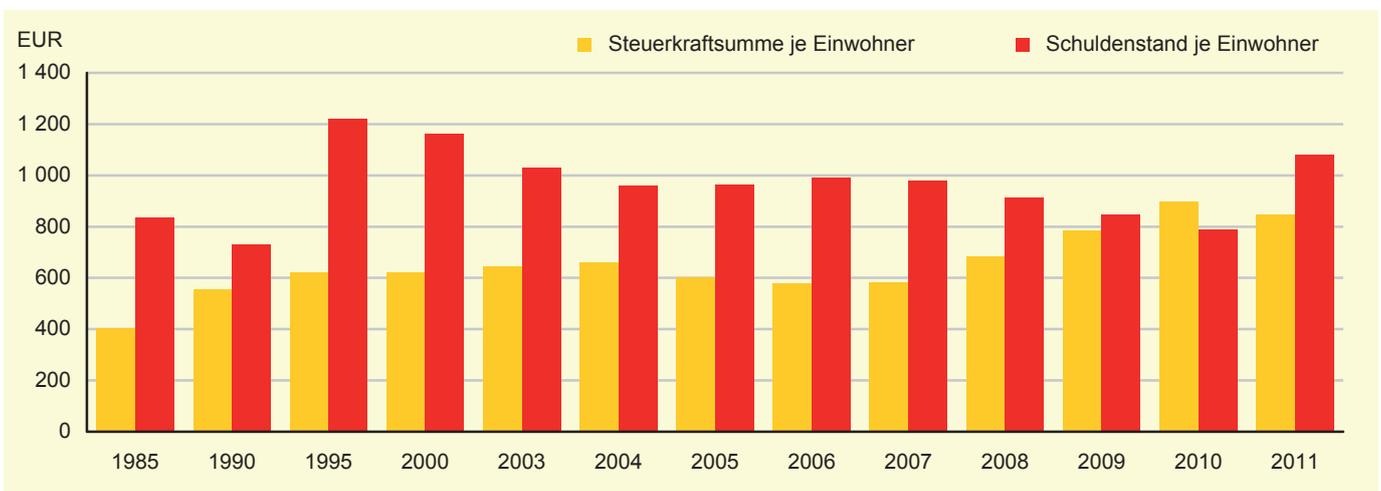
Die Einnahmen lagen 2011 mit 24 Mrd. Euro um 2 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 9,3 %). Gegenüber 2010 stiegen die Steuereinnahmen um 13,6 % auf 11,3 Mrd. Euro, das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) erhöhte sich um 1 Mrd. Euro auf 4,9 Mrd. Euro. Die Ausgaben der Gemeinden im Land reduzierten sich im Vergleich zu 2010 um 0,4 Mrd. auf 22,5 Mrd. Euro.

Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2011 insgesamt rund 12,6 Mrd. Euro, wovon 5,4 Mrd. von den Kernhaushalten und 7,2 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der kommunale Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,4 Mrd. Euro bzw. 3 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 166 Euro.

### Gemeindefinanzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme		Schuldenstand <sup>1)</sup>		Gewerbesteuer		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	639	301	1 054	496	93	44	16	.
1985	897	402	1 876	835	92	41	19	.
1990	1 187	553	1 636	731	125	56	24	.
1995	1 470	621	2 872	1 221	91	39	35	.
2000	1 483	619	2 778	1 162	149	62	19	17
2005	1 497	603	2 408	962	142	57	22	17
2008	1 716	681	2 319	914	249	98	25	19
2009	1 984	782	2 157	848	194	76	26	20
2010	2 280	896	1 991	790	259	103	27	21
2011	2 131	845	2 729	1 078	265	105	19	14

### Steuerkraftsumme und Schuldenstand



### Wasserwirtschaft

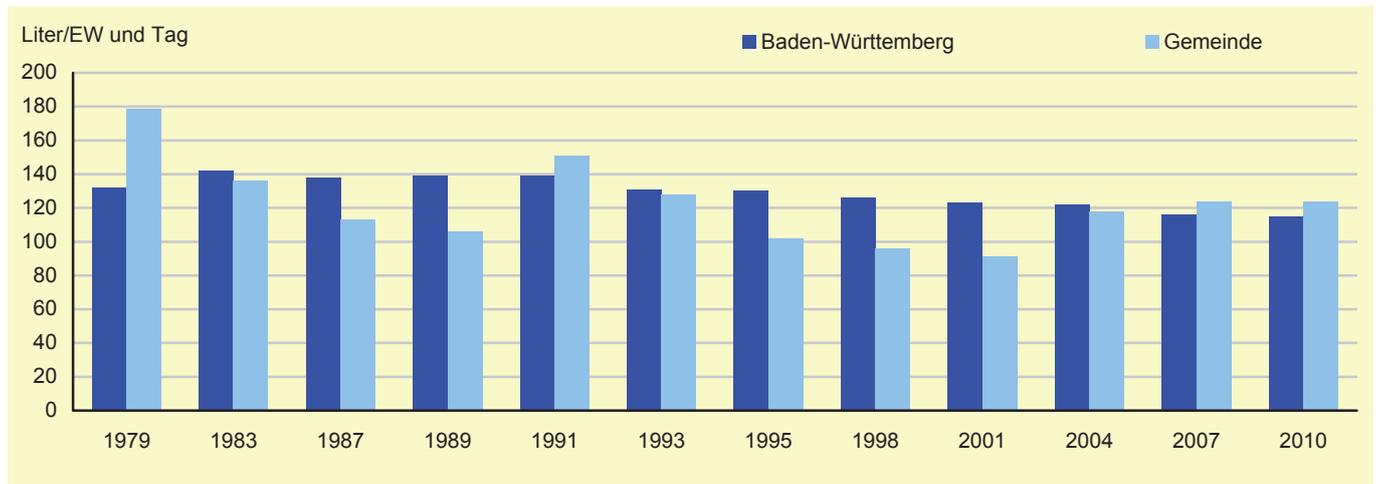
In Baden-Württemberg wurden 2010 insgesamt rund 4,6 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser gewonnen. Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2010 rund 560 Mill. m<sup>3</sup>. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit nur noch leicht auf 115 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung wassersparender Technologien.

Durchschnittlich 1,97 Euro müssen die Baden-Württemberger für einen Kubikmeter Trinkwasser (Stand: 1. Januar 2012) bezahlen. Der Preis für ein Kubikmeter Abwasser liegt 2012 in Städten und Gemeinden mit einer Einheitsgebühr bei durchschnittlich 2,53 Euro, in Städten und Gemeinden mit einer gesplitteten Abwassergebühr bei durchschnittlich 1,86 Euro je m<sup>3</sup> Schmutzwasser und 0,45 Euro je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche für Niederschlagswasser. Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim vom 11. März 2010 müssen nun alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg ihr Gebührensystem auf eine gesplittete Abwassergebühr umstellen. Bis Anfang 2012 konnte diese Vorgabe von 802 der 1 101 Gemeinden umgesetzt werden.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>1)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasser <sup>2)</sup>			
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe			täglich Pro-Kopf-Verbrauch	Einheitsgebühr	Schmutzwasserentgelt	Niederschlagswasserentgelt
				1 000 m <sup>3</sup>	%					
1979	86	–	86	76	88	179	0,66	0,46	.	.
1987	88	–	88	88	100	113	0,93	1,18	.	.
1991	188	90	98	92	94	151	1,01	1,69	.	.
1995	256	173	83	62	75	102	1,01	2,20	.	.
1998	220	140	80	60	75	96	1,01	2,81	–	–
2001	243	168	75	56	75	91	1,01	2,81	–	–
2004	164	66	98	73	74	118	1,62	2,81	–	–
2007	188	89	99	77	78	124	2,12	1,93	–	–
2010	90	–	89	81	91	124	2,12	1,93	–	–

### Trinkwasserverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher



## Verkehr

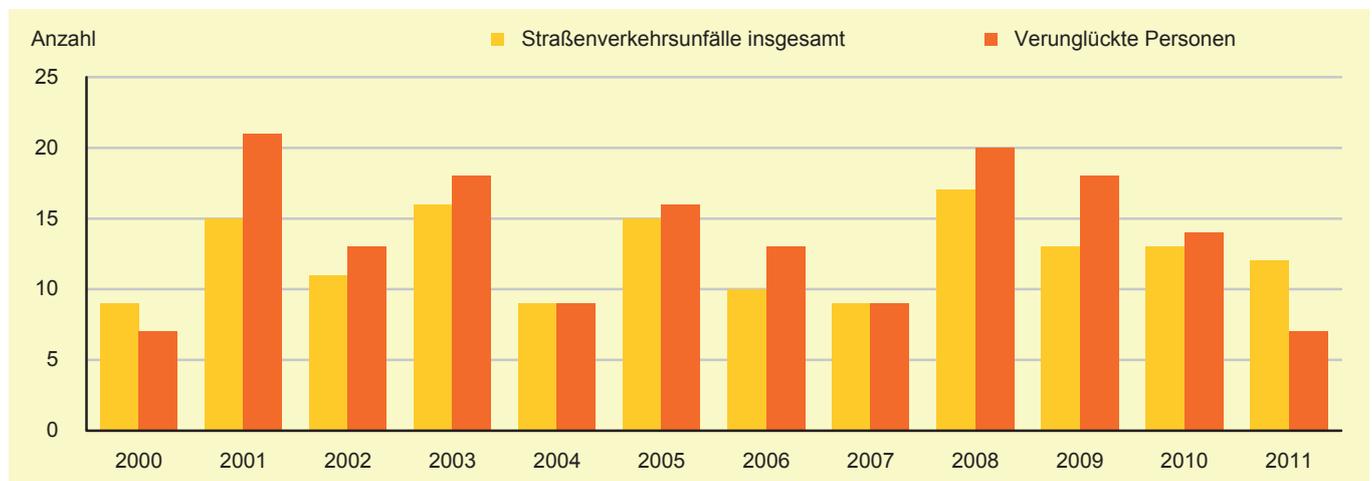
Gut 7 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2011 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge bzw. Außerbetriebsetzungen nicht mehr aufgeführt, was zu einem methodisch bedingten Rückgang des Fahrzeugbestandes führte. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2011 auf 5,8 Mill. belief. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Württemberger 539 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr und zeichnen sich durch eine unterdurchschnittliche Pkw-Dichte aus. In ländlicheren Gebieten ist diese demzufolge höher. Sondereinflüsse wie beispielsweise gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen können sich hier regional auswirken. Die geringste Pkw-Dichte weisen die Universitätsstädte Heidelberg und Freiburg mit 372 bzw. 375 je 1 000 Einwohner auf.

Mit rund 47 800 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen lag deren Zahl 2011 um 5,8 % höher als im Jahr zuvor. Erfreulicherweise sank jedoch die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer um 2,4 % und erreichte mit 482 Unfalltoten den niedrigsten Wert seit Bestehen der Unfallstatistik. Insgesamt stieg die Gesamtzahl der Unfälle mit Personenschaden bzw. schwerem Sachschaden um über 3 % auf 52 200 an.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle <sup>1)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwer-verletzte
		Pkw	Krafträder <sup>2)</sup>						
Anzahl									
1991	1 513	1 213	89	530	16	15	21	–	4
1995	1 675	1 287	128	547	7	5	6	–	1
1999	1 735	1 294	146	540	10	6	8	–	2
2003	1 913	1 424	174	589	16	15	18	–	6
2006	2 057	1 500	209	598	10	9	13	–	2
2007	2 063	1 500	205	603	9	7	9	–	1
2008	1 809	1 306	164	516	17	13	20	1	7
2009	1 843	1 325	168	521	13	11	18	2	4
2010	1 893	1 363	169	537	13	10	14	–	5
2011	1 904	1 383	160	543	12	7	7	–	5

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2011/12. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote 1).
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 5) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2011 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

### Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.

### Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

### Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemein bildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2011/12.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- \*) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitt.
- 1) Wirtschaftssystematik:
    - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausgabe 1983 (WS73)
    - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993, Ausgabe 1993 (WZ 1993)
    - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit Stichtag 31.03.2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

### Landwirtschaft

- \*) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen und Landwirtschaftszählungen. Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind diese Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

### Öffentliche Finanzen und Personal

- \*) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).

### Wasserwirtschaft

- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 2) Jeweils bezogen auf die Gemeinden, die eine Einheitsgebühr oder eine gesplittete Abwassergebühr (für Schmutzwasser und Niederschlagswasser getrennt) erheben. 1997 erhoben 4 Gemeinden (0,4%) eine gesplittete Abwassergebühr. Bis 2010 erhöhte sich die Anzahl auf 29 Gemeinden mit 17,9% der Gesamteinwohner Baden-Württembergs.

### Verkehr

- \*) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.
- Erhebungsmonat bis 2000: 1. Juli des Jahres; ab 2001: 1. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
- 1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
  - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

## Erläuterungen und Definitionen

### Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des §8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

### Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

### Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

### Haupterwerbsbetriebe

Zu den Haupterwerbsbetrieben zählen Betriebe, in denen das Einkommen des Betriebsinhabers (und ggf. seines Ehegatten) aus betrieblichen Quellen höher ist als das Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen. Das Gegenstück ist der Nebenerwerbs-

betrieb. Die Typisierung in Haupt- und Nebenerwerb erfolgt nur für Betriebe in der Rechtsform eines Einzelunternehmens. Von 1997 bis 2007 bildeten die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach galten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

### Letztverbraucher

Im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### Niederschlagswasserentgelt

Das Entgelt wird für die Beseitigung von Regenwasser erhoben. Die anfallenden Kosten werden entweder auf den m<sup>3</sup> Frischwasser bezogen und sind dann im Abwasserpreis enthalten oder sie werden als Niederschlagswassergebühr flächenbezogen (z.B. je m<sup>2</sup> versiegelter Fläche) in EUR je m<sup>2</sup> erhoben (gesplittete Gebühr). Grundstücke mit stark versiegelten Flächen, die viel Regenwasser in die öffentliche Abwasserkanalisation einleiten werden dadurch stärker an den dafür anfallenden Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt.

### Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der

Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

### **Schmutzwasserentgelt**

Hier werden die Kosten für die Einleitung von Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation und die Beseitigung von verschmutztem Wasser dargestellt, sofern sie nicht im Abwasserpreis enthalten sind (gesplittete Gebühr). Der Preis setzt sich aus den kalkulierten Kosten für den Abwassertransport (Kanalgebühr) und die Abwasserreinigung (Klärgebühr) zusammen. Das Schmutzwasser wird in EUR je m<sup>3</sup> Frischwasser berechnet. Da in Baden-Württemberg die Abwasserbeseitigung noch vollständig in kommunaler Hand liegt wird dafür keine Mehrwertsteuer erhoben.

### **Steuerkraftmesszahl**

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### **Steuerkraftsumme**

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### **Straßenverkehrsunfälle**

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst - oder deren Fahrzeuge - Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

### **Vollzeitäquivalente**

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel  $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \cdot T1\text{-Beschäftigte} + 0,4 \cdot T2\text{-Beschäftigte}$  berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

### **Wassergewinnung**

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

### **Wohngebäude und Nichtwohngebäude**

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

### **Wohnräume**

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



**Baden-Württemberg**

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

---

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale  
Telefax 0711/641- 24 40  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen  
und historischen Statistiken für  
Baden-Württemberg, seine Regionen,  
Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

### Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle  
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich  
zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de